

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2648/19, Mobilitätswende lokal gestalten

Drucksache	0304/20
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	2648/19
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	05.02.2020	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Beschlusspunkt 01 wird wie folgt ersetzt:

01 neu

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit der VEP Radverkehr gem. DS 2394/18 beschleunigt umgesetzt werden kann. Dazu soll insbesondere geprüft werden, ob bei stockenden Maßnahmen durch eine Neuaufteilung des vorhandenen Straßenraums zugunsten des Rad- und Fußverkehrs Lückenschlüsse im Radwegenetz ermöglicht werden können. Lösungsvorschläge sind dem Stadtrat vorzulegen.

Der Beschlusspunkt 02 wird wie folgt geändert:

02

Der Oberbürgermeister wird des Weiteren beauftragt zu prüfen, ob durch die Reduzierung der **Regel**Geschwindigkeit ~~in reinen Wohnquartieren~~ innerorts von 50 km/h auf 30 ~~25~~ km/h ein harmonischeres Miteinander von ~~Auto- und Radverkehr~~ Auto- und Radfahrer/ innen sowie **Anwohner/ innen** ermöglicht werden kann. **Gegebenenfalls ist eine Initiative zur Änderung der Bundesgesetzgebung vonseiten des Oberbürgermeisters anzustoßen.**

Begründung:

Mit der Drucksache 2394/18 liegt bereits ein einstimmig gefasster Stadtratsbeschluss zur beschleunigten Umsetzung des VEP Radverkehr vor. Hierzu bedarf es keiner weiteren Beschlüsse. Priorität sollte bei der Verbesserung des Erfurter Radwegenetzes in erster Linie weiterhin der VEP Radverkehr haben. Immer wieder gibt es jedoch einzelne Fälle, wo Maßnahmen stocken, z.B. weil

dadurch Kfz-Parkplätze aufgegeben werden müssten. Mit dem Änderungsantrag soll bezweckt werden, dass durch eine Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten des Rad- und Fußverkehrs an genau diesen Stellen ein durchgängiges Radwegenetz umgesetzt werden kann.

Dass man bei der Umsetzung des VEP Radverkehr natürlich offen bleiben sollte für neue Entwicklungen, Erkenntnisse und Bedarfe ist bereits Beschlusslage gemäß der Drucksache 2394/18.

Als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen wir die Initiative der SPD zur Senkung der Regelgeschwindigkeit in Wohngebieten. Eine Senkung um 5 km/h hätte effektiv aber keine großen Auswirkungen. Wir schlagen deshalb vor, gleich die weitgehendere Variante zu prüfen. Eine Senkung der innerstädtischen Regelgeschwindigkeit wird bundesweit regelmäßig durch Eltern-, Anwohner*innen- und Radverkehrsinitiativen gefordert. Schul- und Freizeitweg für Kinder werden dadurch in der Stadt sicherer, der Schallpegel an den vielbefahrenen Einfahrtsstraßen geringer und das Radfahren sicherer, weil die Differenz zur Kfz-Geschwindigkeit verringert wird.

Sollte aufgrund der StVO eine Verringerung der Regelgeschwindigkeit nicht möglich sein, so wird gefordert, dass der OB eine Initiative startet, mit der die nötige Gesetzesänderung auf Bundesebene bewirkt werden kann.

Anlagenverzeichnis

29.01.2020, gez. i. A. Büchner

Datum, Unterschrift